

„Weil die Burka diskriminiert“

23.4.2010

Verbot. Für die einen eine lächerliche Debatte, für die anderen eine, die geführt werden muss.

INGE BALDINGER

WIEN (SN). In Belgien und in Frankreich wird es wohl bald kommen – in Österreich wäre es im Sinne von Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ) und erst recht von Familienstaatssekretärin Christine Marek (ÖVP): Die Rede ist von dem, was unter „Burka-Verbot“ zusammengefasst wird, also davon, die Ganzkörperverhüllung muslimischer Frauen (siehe Grafik unter Niqab, Bushiya und Burka) im „öffentlichen Raum“ zu verhindern.

Während man es in Belgien und Frankreich mit dem Umweg über eine Art umfassendes Vermummungsverbot versucht, ist man in Österreich von einer ernsthaften Diskussion noch weit entfernt – auch wenn sie immer wieder angefacht wird, zuletzt vergangenen Dezember von der Frauenministerin, nun von der Familienstaatssekretärin. Heinisch-Hosek klang am Donnerstag wesentlich vorsichtiger als im Dezember: Zwar sei sie „ganz klar gegen die Ganzkörperverhüllung von Frauen, weil die Burka diskriminiert“, vor einem Verbot brauche es aber eine „breite und differenzierte Debatte“. Schließlich müsse sichergestellt werden, dass Touristinnen auch weiterhin vollkommen verschleiert in Österreich urlauben können, und schließlich müsse definiert werden, was mit „öffentlichem Raum“ gemeint sei. Familienstaatssekretärin Marek hat da

Bekleidungsformen muslimischer Frauen



schon genaue Vorstellungen: Gerichte, Amtshäuser, Spitäler, Banken, Geschäfte, öffentliche Verkehrsmittel. Auch das Lenken eines Fahrzeugs sollte verboten sein, schließlich sei „die Burka auch eine Sichteinschränkung“.

Nur 100 voll Verschleierte

Eine „grundlegende Diskussion über islamische Symbole in Österreich“ forderte Andreas Mölzer, freihändlerischer Delegationsleiter im Europaparlament. Die Burka habe für Moslems weit mehr als eine religiöse Bedeutung, sie sei „Ausdruck des Willens, die Stellung des politischen Islam in Europa zu stärken“.

Treffen würde ein Burka-Verbot in Österreich eine verschwindend

kleine Gruppe. Die Zahl der vollkommen verschleierten Musliminnen wird auf etwa 100 geschätzt. „Die ganze Debatte ist lächerlich“, sagte Judith Schwentner, Frauensprecherin der Grünen. „Warum“, fragt sie, „wird über ein kaum existierendes Problem geredet und nicht über Probleme, die Migrantinnen wirklich haben, etwa ihre Zwangsverheiratung oder ihr an den Ehemann gekoppeltes Aufenthaltsrecht?“

Von einem „absoluten Randthema“ spricht auch Carla Amina Baghajati, Sprecherin der Islamischen Glaubensgemeinschaft. „Es gibt mehr voll verschleierte Touristinnen als voll verschleierte Musliminnen, die in Österreich leben.“ Der Koran schreibe das Tra-

gen eines Gesichtsschleiers nicht vor, das könne jede Frau selbst bestimmen, sagt Baghajati. Von einem vom Staat verordneten Burka-Verbot hält sie nichts – und glaubt auch, dass es gegen die europäische Menschenrechtskonvention verstoßen würde. „Spannend“ sei, was sich innermuslimisch bei dieser Frage bewege: „Kopftuchträgerinnen stellen voll Verschleierten die Frage: ‚Habt ihr euch überlegt, dass ihr damit den Diskurs womöglich verschärft? Wisst ihr nicht, dass es schon schwierig genug ist, für das Kopftuch Verständnis zu wecken?‘“, erzählt Baghajati.

Apropos Kopftuch: Das wird von den Regierungsparteien nicht infrage gestellt.